bnr.de
blick nach rechts

04. Februar 2010 | 27. Jahrgang | Ausgabe 03/2010

INHALT

RECHTE SZENE 2

Fundamentale Kritik 2

Die DVU befindet sich nach dem missglückten Neustart in einem miserablen Zustand – hinter den Kulissen agiert der Neonazi Christian Worch.

Gefügige Parteibasis 3

Die „pro"-Truppe soll über ihr Landtagswahlprogramm diskutieren – das aber ist schon in hoher Auflage in Druck gegangen.

„Mythos Dresden" 4

Rechtsextreme Kreise missbrauchen das Gedenken an die Toten des Luftangriffs auf Dresden im Februar 1945 für ihre Propaganda – mit überhöhten Opferzahlen wird Geschichtsverfälschung und -umdeutung betrieben.

Illustrer Kreis 5

Rechtsextreme Gäste im Schlosshotel.

AUSLAND 6

„Migrations-Tsunami" 6

Vor den Wahlen forciert der rechtsextreme Front National seine Hetze gegen Einwanderer – die konservative Regierung versucht ihrerseits die FN-Wählerschaft zu gewinnen.

SEITENBLICK 7

Krisenzustände 7

Das Bielefelder Forscherteam um Wilhelm Heitmeyer hat die achte Folge der „Deutschen Zustände" vorgelegt: In der Krise ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bisher nicht gestiegen.

Strafjustizielles Handeln 8

Mit dem Recht gegen Rechtsextremismus – Sanktionsmöglichkeiten und Instrumente.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Die Opfer brauchen Hilfe 9

Etwa die Hälfte der knapp 520 000 hochbetagten Holocaust-Überlebenden lebt in bitterer Armut und unter unwürdigen Bedingungen.

Solidarische Landsleute 10

Die dänischen Juden konnten in der NS-Zeit auf Rückhalt in der Bevölkerung zählen – wegen des starken Widerstands mussten die Nazis tatsächlich Zugeständnisse machen.

MELDUNGEN 11

Fundamentale Kritik

Die DVU befindet sich nach dem missglückten Neustart in einem miserablen Zustand – hinter den Kulissen agiert der Neonazi Christian Worch.

Im Landtagswahlkampf in Brandenburg war Christian Worch bei der DVU fürs Organisatorische zuständig. Wer geglaubt hatte, sein Engagement wäre nur ein kurzes Intermezzo, sah sich getäuscht. Worch mischt immer noch in der DVU mit – und entwickelt sich zu einem der schärfsten Kritiker von Parteichef Matthias Faust.

Seit Mitte Januar füllt er beinahe täglich die Spalten der DVU-Homepage mit Texten aus seiner Feder. Mal schreibt er über Gesundheitspolitik, mal über den kriselnden Euro, mal über Taliban-Aussteiger und den Krieg in Afghanistan. Kein Thema scheint ihm fremd. Provokatorisch Neonazistisches verkneift er sich dabei. Bis vor drei Wochen hatte noch DVU-Pressesprecher Andreas Molau die Welt- und Politiksicht der DVU auf der Homepage ausgebreitet. Ob er erkrankt ist, wie nach einem Treffen der DVU in Frankfurt im Januar spekuliert wurde, bei dem er fehlte, oder ob auch er schon auf der Suche nach neuen politischen Ufern ist, wie es ihm Patrik Brinkmann vorgemacht hat, ist offen.

Die DVU ist in weiten Teilen nur noch eine virtuelle Partei. Viele Alt-Mitglieder sind, was sie immer waren: passive Zuschauer. Einige Mitglieder, die an einen Neuanfang als funktionierende Partei glaubten, sind wieder ausgetreten, wie der Jugendbeauftragte Tony Fiedler und offenbar auch der Internetbeauftragte Michael Münch. Wieder andere gingen nicht freiwillig, sondern wurden geschasst, so Bernd Zeise und Horst Kügler, zwei der drei für einen Parteiaufbau zuständigen DVU-„Strukturbeauftragten“. Eine weitere Gruppe arbeitet gegen Faust. Zu ihr soll vor allem der niedersächsische Landeschef Hans-Gerd Wiechmann zählen. Er hat vorgeschlagen, die Partei solle auf Hauptamtliche verzichten – was in der Konsequenz wohl das Ende von Fausts Amtszeit wäre. Für Faust legen sich öffentlich nur noch wenige DVUler ins Zeug. Eine Partei mit bundesweitem Anspruch ist aber mit dem verbliebenen Personal nicht auf die Beine zu stellen.

Fausts verbreitet nichtsdestotrotz Durchhalteparolen. Von einer Auszehrung der Partei will er nichts wissen. „Im Ganzen ist der Mitgliederbestand der DVU sogar leicht ansteigend“, erklärte er unlängst. Und er widersprach Worchs Einschätzung, die Hälfte der rund 6000 Mitglieder seien „Ehrenmitglieder“, die überhaupt keine Beiträge zahlen würden: Worch habe „keinerlei Einblick in Mitgliedsunterlagen“. Doch der Hamburger Neonazi konterte, zitierte aus dem aktuellen, noch unveröffentlichten Rechenschaftsbericht der DVU und kanzelte Faust ab. „Substanzloses Dementi und in-die-eigene-Tasche-lügen“ kenne er schon seit Jahrzehnten von der NPD. Offenbar sei die Hoffnung, „die DVU würde mit solchen Dingen transparenter umgehen“, völlig unbegründet gewesen: „Letztlich der gleiche Mechanismus wie bei der NPD. Schönreden, verschleiern, täuschen.“

Käme es jetzt zu einem Parteitag, so Worch, würde er es bezweifeln, dass Faust eine Mehrheit als Vorsitzender hinter sich hätte. Wie meist, wenn Worch das Wort ergreift, gilt: Er hat es schon lange vorher gewusst. Er habe Faust „vor ziemlich exakt drei Monaten in aller Offenheit gesagt: Reduzier’ die Personalkosten drastisch, damit Geld für strukturellen Aufbau und die Wahlkämpfe verfügbar ist. Hat er nicht hören wollen“. 8500 Euro monatlich lässt sich die DVU die Arbeit von Faust und Molau kosten. Worch setzt auf einen Wieder- oder Neuaufbau der DVU und weniger auf Kooperationsangebote an andere Parteien. „Intern und in kleinem Kreis habe ich es Dir mehrfach schon gesagt oder geschrieben: Bündnispolitik ist nutzlos, wenn man kein eigenes Profil hat und keine eigenständige politische Größe darstellt. Das hast Du bisher niemals sehen wollen“, schrieb er an Faust, der sich endlich einmal auf das konzentrieren solle, was seine eigentliche Aufgabe als Parteivorsitzender sei.

„Mehr als parteischädigend“ nennt Bremerhavens DVU-Vorsitzender Rudolf Bargmann solche Äußerungen. Ihm sei unverständlich, warum man Worch weiterhin hinter den Kulissen agieren lasse. Dabei liegt die Antwort ganz nahe. Faust ist angesichts des miserablen Zustands seiner Partei auf jemanden wie Worch angewiesen – auf jemanden, der in grammatikalisch brauchbaren Sätzen die DVU-Homepage füllen, öffentliche Auftritte organisieren und sogar mit Überbrückungskrediten aushelfen kann.

Tomas Sager

Gefügige Parteibasis

Die „pro"-Truppe soll über ihr Landtagswahlprogramm diskutieren – das aber ist schon in hoher Auflage in Druck gegangen.

Durch ein reges innerparteiliches Diskussionsbedürfnis ist die „Bürgerbewegung pro NRW" bisher nicht aufgefallen. Doch nun planen die Rechtspopulisten innerhalb von nur fünf Wochen gleich zwei „Parteitage". Die Bezeichnung Parteitag haben beide Veranstaltungen eher nicht verdient.

Als „Parteitag" firmiert jenes zunächst angekündigte Treffen europäischer Rechtspopulisten und anderer extrem rechter Parteien, das sich am 27. März im Schloss Horst in Gelsenkirchen mit einem „europaweiten Minarettverbot" beschäftigen soll. Eingebettet ist es in ein dreitägiges Programm, zu dem „Mahnwachen" in sechs Ruhrgebietsstädten und ein „Sternmarsch" zur Duisburger Merkez-Moschee gehören. Das auch als „internationale Konferenz" bezeichnete Rechtsaußentreffen werde „im Rahmen eines ordentlichen pro-NRW-Parteitages durchgeführt", teilte „pro NRW" mit. Die „hochkarätigen ausländischen Delegationen" würden als „geladene Gäste" teilnehmen. Über weitere Tagesordnungspunkte jenseits des Minarettverbots wurde nichts bekannt. Vermutet werden darf, dass sich „pro NRW" lediglich des Labels „Parteitag" bedient, um leichter öffentliche Räume nutzen zu können.

Etwas überraschend kündigte „pro NRW" einen weiteren „Parteitag" für den 19. Februar in Leverkusen an. An dem Freitag soll ein „Programmparteitag" stattfinden, wie es in der Ankündigung von „pro NRW" hieß. 2500 Einladungen seien verschickt worden, ein Saal für 350 Personen angemietet. „Im Beisein der Medien", so „pro NRW", werde das Landeswahlprogramm „diskutiert und verabschiedet". Doch ernsthaft diskutieren können die Mitglieder dieses Programm gar nicht mehr. Das liegt nicht nur daran, dass der Zeitrahmen mit Sitzungsbeginn abends um 19.00 Uhr sehr eng gesteckt sein dürfte, wenn die Mitglieder auch noch dem „Hauptredner" Patrik Brinkmann, einer „Grundsatzrede" des „pro NRW"-Vorsitzenden Markus Beisicht und einer weiteren Rede des FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer zur „Einheit der europäischen Patrioten" lauschen sollen.

Dem Diskussionsbedarf beziehungsweise dem eventuellen Wunsch, gar noch Änderungen am Programm vorzunehmen, haben die „pro"-Oberen einen noch gewichtigeren Riegel vorgeschoben. Denn bereits am 19. Januar – vier Tage, bevor die „pro NRW"-Führungsspitze zum „Programmparteitag" einlud – war jenes Programm bereits in Druck gegangen. Und das nicht nur in einer Auflage, die für die Teilnehmer des Parteitags gereicht hätte. „Pro-NRW-Landtagswahlprogramm: Erstauflage von 50 000 Stück im Druck – landesweiter Einsatz des exklusiven Werbemittels in den nächsten Wochen", hatte „pro NRW" stolz verkündet.

Erarbeitet wurde das Programm von einer angeblich 20-köpfigen Kommission. Namentlich genannt wurden nur fünf Autoren: die drei Kölner Ratsmitglieder Manfred Rouhs, Judith Wolter und Markus Wiener, der Vorsitzende im Rheinisch-Bergischem Kreis Christoph Heger und „pro"-Neuzugang Torsten Lange, der in den 80er Jahren für die Grünen zwei Jahre lang im Bundestag saß. Regie führte Rouhs, der für „Moderation und die Gesamtredaktion" verantwortlich zeichnete.

Überraschendes wurde nicht vorgelegt: fünf DIN-A4-Seiten Rechtspopulismus. „Pro NRW" wird als „Gruppe erfolgreicher Kommunalpolitiker" dargestellt, die eine „Alternative zu rotem Filz und schwarzem Klüngel" bilde. Der Rest ist ebenso geläufig: „Pro" ist für „Grundgesetz statt Scharia", gegen eine „Überfremdung vor allem der deutschen Großstädte", gegen das „vernebelnde Gerede", man müsse „zwischen Islam und Islamismus unterscheiden", für ein „hartes Durchgreifen der Justiz", für „Recht und Ordnung statt Alt-68er-Kuschelpädagogik", für eine Abschiebung „ausländischer Dauertransferempfänger", für eine „nachhaltige, auf Dauer angelegte Förderung der Hochkultur und eine klare Absage an die Unterstützung avantgardistischer Projekte, die für den Normalbürger nicht von Interesse sind", et cetera ...

Im Programmkapitel „Demokratie und Bürgerrechte stärken" fordert „ pro NRW" zudem eine „erhebliche Ausweitung unmittelbarer Bürgerbeteiligung". Dass das „pro"-Fußvolk einen Widerspruch darin entdeckt, wenn einerseits mehr politische Partizipation verlangt wird, in der eigenen Partei aber ein Programm 50 000-fach bereits gedruckt wird, noch ehe es beschlossen ist, steht nicht zu vermuten.

Tomas Sager

„Mythos Dresden"

Rechtsextreme Kreise missbrauchen das Gedenken an die Toten des Luftangriffs auf Dresden im Februar 1945 für ihre Propaganda – mit überhöhten Opferzahlen wird Geschichtsverfälschung und -umdeutung betrieben.

Die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 ist zum Mythos geworden. Bei einem Mythos fällt es schwer, Fakten von Legenden zu trennen. Dies gilt in diesem Fall vor allem für die Zahl der Opfer. Der Grund liegt vor allem in der politischen Instrumentalisierung durch die NS-Machthaber. Die Nazis missbrauchten ihre verlogene Berichterstattung über „hunderttausende Opfer", um Kriegshandlungen der Alliierten anzuprangern und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die vorrückenden Befreier anzuhalten. Heute sind es alte und neue Rechtsextremisten, die den „Mythos Dresden" für ihre Propaganda nutzen. So sprach der Fraktionschef der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Holger Apfel, in seiner Plenumsrede vom 20. Januar über das Gedenken an die Dresdner Opfer, „die unser Volk unter dem Zerstörungswahn hassgeifernder und entkultivierter Antimenschen erbringen musste!"

Rechtsextremisten wollen das Geschichtsfeld Dresden besetzen und aus einer grausigen Erinnerung politisches Kapital schlagen. Nicht zur Kenntnis genommen wird in diesen Kreisen, dass Dresden 1945 das größte noch existierende Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie und ein strategisch bedeutsamer Verkehrsknotenpunkt war. Dresden war eine jener Städte, in der reichsweit am 8. März 1933 die ersten Buchverbrennungen stattfanden und die bis zum 8. Mai 1945 eine funktionierende NSDAP-Verwaltung hatten. Noch am 7. Mai 1945 wurde in Dresden die letzte NS-Tageszeitung gedruckt. Wenn heute der Angriff auf Dresden mit dem Hinweis verdammt wird, dass der Krieg ja bereits entschieden war, muss man erwidern, dass dieser vollkommen sinnlose Krieg noch wochenlang vom Deutschen Reich – auch per Luft – kompromisslos weitergeführt wurde. Zuletzt explodierte am 27. März 1945 in London eine V-2-Rakete.

Gebetsmühlenartig beharren Rechtsextremisten auf einer Opferzahl von rund 250 000 Personen in Dresden. Um die historische Wahrheit scheren sich diese Kreise nicht. Vier Tage nach dem Angriff auf Dresden im Februar 1945 erhielt Hanns Voigt, Mitarbeiter der Stadtverwaltung Dresdens, den Auftrag, für die Vermisstenzentrale eine Abteilung einzurichten. Er meldete den NS-Machthabern die Zahl von rund 35 000 getöteten Menschen. Die Nazis misssbrauchten die Getöteten posthum in einer ihrer letzten Propagandaschlachten, vervielfachten die Zahl der Opfer und schufen so den bis heute in rechtsextremen Kreisen beliebten „Mythos Dresden".

1953 veröffentlichte Georg Feydt in der Zeitschrift „Ziviler Luftschutz" die erste sachliche Darstellung des Bombenangriffs. Auch seine Zählung ergab unter 40 000 Tote. Zehn Jahre später verkündete der Geschichtsrevisionist und spätere Holocaust-Leugner David Irving in seinem Buch „The Destruction of Dresden" (engl. 1963, dt. 1965) weitaus höhere Zahlen. Er stützte sich auf ein ihm bekanntes gefälschtes Dokument und rechnete die Zahl der Opfer auf 135 000 – beziehungsweise in späteren Neuauflagen des Buches auf 250 000 Tote – hoch. Akribisch wurde ihm von Richard J. Evans, Professor für Neuere Geschichte an der Cambridge University, in dessen Buch „Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess" diese Geschichtslüge nachgewiesen.

Die Legende vom „Bomben-Holocaust"

1986 stellte Irving in einem Vortrag die Bombardierung von Dresden der industriell betriebenen Massenvernichtung in Auschwitz gleich: „Mir wurde klar, dass es in dem, was ich da (über Dresden) erfuhr, um etwas ging, das wir heute wahrscheinlich als einen Holocaust bezeichnen würden ... Natürlich spricht heute jedermann über Dresden im gleichen Atemzug wie über Auschwitz und Hiroshima. Das ist mein Verdienst, meine Damen und Herren. Ich bin ein wenig stolz, wenn ich jedes Jahr am 13. oder 14. Februar ... die Zeitungen lese, und dort steht etwas über Dresden, denn bevor mein Buch zu diesem Thema erschien, hatte die Außenwelt noch nie etwas von Dresden gehört."

Am 21. Januar 2005 fand die Legende vom „Bomben-Holocaust" den Weg in das sächsische Landesparlament. NPD-Fraktionschef Holger Apfel lobte Irving als „weltweit renommierten Historiker", der als „einer der ersten ... schon vor Jahrzehnten ... das Singuläre des Angriffs vom 13. Februar 1945 ... unterstrich". Apfel hetzte, an die Abgeordneten der demokratischen Parteien gerich-

tet, weiter: „Warum diese paranoiden Versuche, den Bomben-Holocaust herunterzurechnen? Warum dieser erbärmliche Nationalmasochismus?“

Am 17. Juni 2003 marschierten in Hamburg NPD-Anhänger anlässlich einer „Gedenkdemo für alliierten Bomben-Holocaust“ auf. Hauptredner war der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt. Im Jahr 2004 veröffentlichte Karsten Kriwat, zeitweilig DVU-Funktionär, ein Buch namens „Der andere Holocaust. Die Vertreibung der Deutschen 1944 – 1949“ im FZ-Verlagsimperium von Gerhard Frey.

„Satanischer Vernichtungswille“ der Alliierten

Der „Mythos Dresden“ bestimmt immer wieder die Schlagzeilen in der extrem rechten bis rechtsextremen Szene. So gab die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ im Jahr 2005 (Ausgabe 7/2005) einem Artikel zu Dresden die Überschrift „‚Ausrotten, Vergasen, Auslöschen‘“. Die vierteljährlich erscheinende Schrift „Euro-Kurier“ aus dem Hause des Tübinger Grabert Verlages merkte zu den Dresdner Opferzahlen an: „Während die Verlustzahlen anderer Opfergruppen als sakrosant gelten, deren Infragestellen schnell vor den Kadi führen kann, überbieten sich Etablierte darin, die deutschen Opferzahlen kleinzureden und Jahrhundertverbrechen der alliierten Angriffe zu marginalisieren.“ Ganz in diesem Sinne wusste das antisemitische Hetzblatt „Phoenix“ des österreichischen Holocaust-Leugners Walter Ochensberger von 480 000 Toten in Dresden zu berichten, die durch den „satanischen Vernichtungswillen“ der Alliierten umgekommen seien.

Zur „Buch-Neuerscheinung des Monats“ kürte die „National-Zeitung“ das von dem selbst ernannten Luftkriegsexperten Wolfgang Schaarschmidt verfasste Werk „Dresden 1945 – Dokumentation der Opferzahlen“. In einem Interview mit der „National-Zeitung“ sprach Schaarschmidt von „Dresdens ungesühnter Vernichtung“ und rechnete die Opferzahl auf „130 000 bis 150 000“ Getötete hoch.

Festzuhalten bleibt: Der in rechtsextremen Kreisen gepflegte „Mythos Dresden“ ist eine perfide Art der Geschichtsfälschung, -verdrehung und Umdeutung.

Anton Maegerle

Illustrer Kreis

Rechtsextreme Gäste im Schlosshotel.

Zum traditionellen Lesertreffen lädt die Lesen & Schenken GmbH vom 19. bis 21. März ins fränkische Pommersfelden (bei Bamberg) ins „Schlosshotel Pommersfelden“. Lesen & Schenken zählt zum Verlagsimperium von Dietmar Munier (Arndt-Verlag, Monatszeitschrift „Zuerst!“) im schleswig-holsteinischen Martensrade.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem 1992 auf Initiative von Munier gegründeten „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ statt. Der „Schulverein“ fungiert als Veranstalter des „Lesertreffens“. Als Referenten sind Harald Neubauer, Olaf Haselhorst, Abdallah Melaouhi, Heinz Magenheimer, Günther Deschner, Heinz Nawratil und Wolfgang Dvorak-Stocker geladen.

Der rechtsextreme Publizist Harald Neubauer (Jg. 1951) war von 1992 bis 2009 Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Nation&Europa“, die Ende vergangenen Jahres in „Zuerst!“ aufgegangen ist. Haselhorst (Jg. 1963) gehört der Burschenschaft Germania Hamburg an. In einem Artikel in der neurechten Zeitschrift „Sezession“ behauptete er, dass es Hitler nach dem Überfall auf Polen nicht gelang, „zum Frieden mit England zu kommen. Alle weiteren militärischen Aktionen Hitlers“, so Haselhorst, dienten letztlich diesem Zweck.“ Der gebürtige Tunesier Melaouhi (Jg. 1942) wirkte von 1982 bis 1987 als Krankenpfleger von Rudolf Heß. Über sein Zusammensein mit Heß berichtet Melaouhi regelmäßig bei NPD-Veranstaltungen. Magenheimer (Jg. 1943) greift für die nationalkonservative „Preußische Allgemeine Zeitung“ zur Feder. Deschner (Jg. 1941) ist Chefredakteur der Zeitschrift „Zuerst!“. Nawratil (Jg. 1937) hat sich in einschlägigen Kreisen als Autor des Buches „Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein“ einen Namen gemacht. Dvorak-Stocker (Jg. 1966), Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, ist Geschäftsführer des Leopold-Stocker-Verlages (Graz) und seit 1999 Herausgeber der Zeitschrift „Neue Ordnung“, zu deren Stammautoren Rechtsextremisten wie Hans-Dietrich Sander zählen.

Anton Maegerle

„Migrations-Tsunami“

Vor den Wahlen forciert der rechtsextreme Front National seine Hetze gegen Einwanderer – die konservative Regierung versucht ihrerseits die FN-Wählerschaft zu gewinnen.

Alle Welt redet vom Klimawandel oder der drohenden Klimakatastrophe – der Front National auch. Allerdings, um, gelinde ausgedrückt, unorthodoxe Thesen zum Thema zu verbreiten. In Nanterre, am Parteisitz des FN, tagte am 30. Januar der „Wissenschaftliche Beirat“ (Conseil Scientifique) der rechtsextremen Partei, zusammen mit hochrangigen Führungsmitgliedern und rund 100 Aktivisten. Das Thema hieß „Klimaerwärmung: Mythos oder Realität?“ Die Botschaft, die Jean-Marie Le Pen dazu verbreitete, lautet: Man – also die Regierenden, die „verrückt gewordenen Gutmenschen“ und die „Anhänger der neuen Umweltschutz-Religion“ – belügt uns mit „manipulierten oder nicht haltbaren wissenschaftlichen Berichten“ über den Klimawandel. Ziel sei es, unter Berufung auf dieses globale Problem „eine Weltregierung zu errichten“ und „unsere nationale Freiheit zu zerstören“. Ferner, führte Le Pen aus, gehe es darum, die Öffentlichkeit auf die Aufnahme „von angeblichen Klimaflüchtlingen“ aus armen und besonders getroffenen Ländern vorzubereiten.

In den letzten Wochen und Monaten hat der Front National, vor den Regionalparlamentswahlen vom 14. und 21. März, einen neuen Aufschwung erlebt. Die durch die konservative französische Regierung seit Ende Oktober 2009 ausgerufene „Debatte über die nationale Identität“ hat es der rechtsextremen Partei zwar nicht unbedingt erlaubt, neue Wählerschichten zu erschließen. Was ihr aber auf jeden Fall bereits gelungen ist, ist die Aufrüttelung ihrer aktiven Anhänger und der Mitgliedschaft, die durch die in allen französischen Départements stattfinden Veranstaltungen zur „Nationalidentität“ in jüngster Zeit mobilisiert worden sind.

Die konservative Regierung ihrerseits versucht, sich nun auch demonstrativ an die Kernwählerschaft des FN zu wenden, nachdem bereits im Jahr 2007 eine Million Stimmen vom Front National zur bürgerlichen Rechten unter Nicolas Sarkozy übergewechselt waren. Dieser Gestus an die Adresse der rechtsextremen Wählerschaft spart auch eine demonstrative Hinwendung zu führenden Funktionären der Partei selbst nicht aus. Ihren Sympathisanten soll wohl das Gefühl vermittelt werden, ihre Anliegen würden nunmehr wirklich vollkommen ernst genommen.

Am 14. Januar debattierte der französische Minister für „Einwanderung, Integration und nationale Identität“ Eric Besson mit der FN-Spitzenpolitikerin Marine Le Pen im französischen Fernsehen. Besson bemühte sich um höfliche Umgangsformen mit der rechtsextremen Politikerin, die mutmaßlich innerhalb eines Jahres die Parteiführung übernehmen wird. Doch in der Sache gerieten sie hart aneinander: Marine Le Pen warf Besson vor, nichts gegen eine weitere „Überschwemmung“ des Landes mit Einwanderern zu tun – während jener ihr entgegnete: „Sie haben nur anzubieten, den Leuten Angst einzujagen“.

Bei einer Debatte über die „Nationalidentität“ in Lyon am 22. Januar zeigte der Minister sich gegenüber Bruno Gollnisch, „Nummer drei“ des Front National und Abgeordneter im Regionalparlament, jedoch stärker Konsens suchend. Auf die Vorhaltung Gollnischs, Frankreich sei nicht nur ein Bevölkerungs„konglomerat“, sondern zeichne sich durch ein Herkunfts-Stammvolk, ein Staatsgebiet und „gemeinsame Werte“ aus, entgegnete Besson dem FN-Politiker: „Sie haben im Wesentlichen Recht“. Zweieinhalb Wochen zuvor hatte Besson noch erklärt, Frankreich sei ein Einwanderungsland, definiere sich nicht über ethnische Zugehörigkeit, sondern allein über die Werte der Republik. Durch seine Antwort auf Gollnisch und ein Pressekommuniqué vom selben Tag revidierte Besson nun öffentlich diese Äußerung.

Um sich vom Regierungslager abzusetzen, forciert der Front National seine Agitation gegen Einwanderer. Nachdem am 22. Januar 124 migrantische „boat people’“ – mutmaßlich Kurden aus Syrien, die Chancen auf eine Anerkennung als politische Flüchtlinge haben – an der Südküste Korsikas strandeten, startete der Parteipatriarch Le Pen eine offene Hetze. Auf einer Großveranstaltung in Toulon am 24. Januar forderte er lautstark, „diese Migranten, diese Illegalen, diese Kriminellen“ sofort „von französischem Boden auszuweisen“. Jean-Marie Le Pen sprach auf derselben Kundgebung von einem „Migrations-Tsunami“, der über Frankreich hereinbreche.

Bernhard Schmid

Krisenzustände

Das Bielefelder Forscherteam um Wilhelm Heitmeyer hat die achte Folge der „Deutschen Zustände" vorgelegt: In der Krise ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bisher nicht gestiegen.

Das Thema des Jahres 2009 ist auch Leitmotiv der achten Folge der „Deutschen Zustände": Krise. In Krisenzeiten spitzen sich Prozesse sozialer Desintegration zu. Den Grundannahmen der GMF-Studien zufolge sind Desintegrationsprozesse Schlüsselfaktoren für die Entstehung und Verstärkung feindseliger Haltungen. Eine Erhöhung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit war zu erwarten. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zustimmungswerte zu fast allen Elementen des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit liegen 2009 unter denen des ersten Erhebungsjahres. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu sieben der zehn Elemente – teils minimal, teils deutlich – gesunken. Dies gilt insbesondere für die Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Alte antijüdische Stereotype wirken fort

Den generellen Rückgang der GMF trotz Krise erklärt Heitmeyer unter anderem mit einer „Aufspaltung" der Wahrnehmung in eine gesellschaftliche und eine private Sphäre („Der Gesellschaft geht es schlecht, aber mir geht es gut"). Es sei möglich, dass die Folgen der Krise erst auf uns zukämen „und sich dann zukünftig auch wieder verstärkt feindselige Haltungen gegenüber bestimmten Gruppen durchsetzen" (S. 41). Gleichwohl dokumentiert die Untersuchung auch für 2009 einen hohen Grundbestand Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: 23,6 Prozent der Befragten stimmten 2009 der Aussage ganz oder teilweise zu „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken" (2008: 21,6 Prozent). „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden", meinten im vergangenen Jahr 21,4 Prozent (2008: 24 Prozent). Das Problem bleibt – allerdings relativiert die abnehmende Tendenz bei den meisten Syndromelementen die eine oder andere tendenziell alarmistische Botschaft in der achten Folge der „Deutschen Zustände".

Wie in jedem Jahr werten Einzelstudien die Daten des GMF-Surveys genauer aus. So fragen Andreas Zick, Rebecca Lobitz und Eva Maria Groß nach den Mechanismen, mit denen Krisenwahrnehmungen Vorurteile fördern und die Idee menschlicher Gleichwertigkeit schwächen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass weniger das Gefühl individueller Betroffenheit durch die Krise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstärke als eine kollektive Krisenwahrnehmung: das Gefühl zur Gruppe der Verlierer zu gehören. Populistische Propaganda, die „die Deutschen" zu Opfern stilisiert und Belastungen durch andere betont, könne daher in weiten Teilen der Bevölkerung verfangen.

Julia Becker, Ulrich Wagner und Oliver Christ gehen den Gruppen nach, die für die Krise verantwortlich gemacht werden, und untersuchen den Zusammenhang mit Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Während nur wenige „die Ausländer" als Schuldige ausmachen, stehen „Banker und Spekulanten" an erster Stelle. Es zeigt sich: Je stärker die Befragten „Banker und Spekulanten" als Verursacher der Krise nennen, „desto ausgeprägter sind ihre antisemitischen Ressentiments" (S. 137). In dieser Hinsicht wirkten offenbar alte antijüdische Stereotype als „Finanzspekulanten" und „Wucherer" fort.

Gruppenidentität durch die Abgrenzung von anderen Gruppen

Als „Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals" gelten Rechtsextremisten die USA – vor dem Hintergrund der Krise untersuchen Felix Knappertsbusch und Udo Kelle das Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus. Mit Letzterem rücken sie ein Ressentiment in den Fokus, das aller Erfahrung nach und auch dem GMF-Survey zufolge verbreitet ist. Die Autoren gehen allerdings von einem sehr weiten Verständnis des Antiamerikanismus aus, das nicht nur die Vorstellung angeblicher Kulturlosigkeit der USA umfasst, sondern auch Haltungen in die Nähe des Antiamerikanismus bringt, die sich gegen einen unkontrollierten „amerikanischen" Kapitalismus wenden und diesen von stärker an sozialer Balance orientierten „europäischen" Modellen – wie der „sozialen Marktwirtschaft" – abgrenzen (so gesehen, trüge sogar auch der Beitrag von Heribert Prantl im selben Band antiamerikanische Züge). Knappertsbusch und Kelle zeigen statistische Zusammenhänge zwischen antiamerikanischen und antisemitischen Einstellungen und führen dies darauf zurück, dass sich beide Muster semantisch überschnitten – zum Beispiel im Begriff der „Ostküste" – und dieselben Funktionen erfüllten: eine

stabile Gruppenidentität durch die Abgrenzung von anderen Gruppen zu stiften.

Die Zahlenkolonnen des GMF-Surveys im ersten Teil der „Deutschen Zustände“ werden in bewährter Weise im zweiten durch journalistische Fallgeschichten ergänzt, darunter einfühlsame Reportagen wie der Beitrag von Matthias Drobinski und Roland Preuß über den Mord an der Ägypterin Marwa el-Sherbini im Dresdner Landgericht, Reaktionen und Wahrnehmungen. Am Beispiel von Anklam und Umgebung berichtet Dierk Borstel über eine „schleichende Normalisierung des Rechtsextremismus“ (S. 248) und beleuchtet dessen politische, ökonomische und kulturelle Facetten.

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Frankfurt/Main 2010, Suhrkamp, 322 Seiten, 15 Euro.

Thomas Pfeiffer

Strafjustizielles Handeln

Mit dem Recht gegen Rechtsextremismus – Sanktionsmöglichkeiten und Instrumente.

Der Rechtswissenschaftler Heribert Ostendorf hat eine interessante Veröffentlichung herausgegeben, die sich mit dem Rechtsextremismus aus Sicht der Strafjustiz beschäftigt. Ostendorf ist Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Universität in Kiel und hat 14 seiner Studierenden dazu gebracht, sich intensiv mit dem Phänomen von Straftaten mit politisch rechtsgerichtetem Hintergrund im Kontext mit den Sanktionsmöglichkeiten, die das Strafrecht aufzeigt, zu beschäftigen. Die 376-seitige Publikation ist Produkt eines entsprechenden Seminars von 2008 und richtet sich nicht nur an Juristen, sondern ist auch eine aufschlussreiche Lektüre für Sozialarbeiter, Pädagogen und Polizeibeamte.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bleibt das Strafrecht nur ein Instrument von mehreren und sollte daher auch nicht isoliert betrachtet werden. So wie das Strafgesetzbuch dem Richter in der Strafzumessung in der Regel einen Spielraum lässt, so gibt es in der Bewertung und Bewältigung rechtsgerichteter Gesinnung wie Delikte diverse Antworten, die nebeneinander stehen.

Das Strafrecht kann soziale Probleme nicht lösen

Ein schnelles strafjustizielles Handeln ist dabei meist wirkungsvoller als die Höhe eines Strafmaßes. Eine eindeutige Botschaft des Buches lautet: Eine Verschärfung des Strafrechts ist ein Irrweg, ein populistischer Alibicharakter, mit dem Hilflosigkeit kaschiert werden soll. Die andere Losung lautet: Mit Strafrecht lassen sich soziale Probleme nicht lösen.

Das Buch liefert detaillierte Kapitel über die Entwicklung rechtsextrem orientierter Straftaten, eine historische Analyse, die Auseinandersetzung mit Hitlergruß, Hakenkreuz und anderen nationalsozialistischen Symbolen, die Diskussion um freie Meinungsäußerung und Gesinnung (Auschwitz-Lüge) sowie über das weite Feld der Volksverhetzung. Ebenso wird ein Blick auf rechtsextreme Organisationen und in diesem Zusammenhang auf eine Definition von krimineller und terroristischer Vereinigung gerichtet. Auch die Verbotsdebatte wird nicht ausgespart. Aus aktuellem Anlass beschäftigt sich ein Beitrag auch mit Demonstrationsdelikten im Kontext rechtsextremer Aufmärsche.

Gesetzgeberische Initiativen werden ebenso unter die Lupe genommen wie auf höchstrichterliche Rechtssprechung an entsprechenden Stellen hingewiesen wird. Exemplarisch wird noch einmal der Verlauf des Prozesses vor dem Oberlandesgericht Schleswig (1993) zum Brandanschlag von Mölln (1992) dargestellt. Eine zentrale Frage war dabei die rechtsextreme Gesinnung der beiden Täter als Kriterium für „niedere Beweggründe“, wie es bei Mordprozessen von relevanter Bedeutung ist.

Heribert Ostendorf (Hrsg), Rechtsextremismus – eine Herausforderung für Strafrecht und Strafjustiz, Baden-Baden 2009, Nomos Verlagsgesellschaft, 376 Seiten, 89 Euro.

Horst Freires

Die Opfer brauchen Hilfe

Etwa die Hälfte der knapp 520 000 hochbetagten Holocaust-Überlebenden lebt in bitterer Armut und unter unwürdigen Bedingungen.

In vielen Staaten und auch bei der UNO in New York ist am 27. Januar wieder der NS-Opfer gedacht worden. Es gab zwar viele mahnende Reden und Versprechen, diese einmaligen Opfer eines Terrorregimes nicht zu vergessen. Das half den noch lebenden vor allem jüdischen Greisinnen und Greisen aber nicht. Dabei ist ihre soziale Lage nicht nur schlimm, sie ist erbärmlich und es zeichnet sich keine Besserung ab. Diese Frauen und Männer sind mittlerweile älter als 80 Jahre, ihr Tod ist also absehbar, doch ein Sterben in Würde bleibt ihnen wohl versagt. Sie haben keine Lobby, kaum jemand interessiert sich für sie.

Doch ganz allein sind sie nicht. Es gibt einen Verband, der immer wieder auf das Schicksal dieser Menschen aufmerksam macht, ohne selbst helfen zu können: die Jewish Claims Conference (JCC) mit ihrer Zentrale in den USA und Büros in vielen Staaten. Sie hat kaum finanzielle Mittel, um helfend eingreifen zu können, aber deshalb verharrt sie nicht in Schweigen. Sie wartet auch nicht, bis sie gefragt wird. Sie meldet sich dann zu Wort, wenn sie berechtigte Hoffnungen hat, gehört zu werden. Diese Gelegenheit bietet sich alljährlich zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar, dem Tag, an dem 1945 Auschwitz befreit wurde.

Erbärmliche soziale Lage

In der Bundesrepublik war es Bundespräsident Roman Herzog, der Ende der 90er Jahre dieses Ereignis zum Gedenktag für die NS-Opfer bestimmte. Seitdem ist weitaus mehr geschehen, als Herzog und viele andere damals hoffen konnten. Eines aber ist geblieben und sogar schlimmer geworden: Fast die Hälfte der noch lebenden jüdischen Opfer leidet unter Altersgebrechen und Krankheiten. Sie sind arm und bedürfen der Pflege durch andere. Der deutsche Repräsentant der JCC, Georg Heuberger, drückte das angesichts des diesjährigen Gedenktages in der „Süddeutschen Zeitung“ so aus: „Es darf … nicht übersehen werden, dass viele, die noch unter uns sind, in Armut und unter unwürdigen Bedingungen leben müssen.“

Nach Statistiken der JCC gibt es noch 516 700 Überlebende. Von ihnen leben 259 500 unter der Armutsgrenze, die meisten in Israel und in der ehemaligen UdSSR. In Zahlen: 90 000 in der früheren Sowjetunion und 74 000 in Israel. Die Gründe für diese Armut liegen auf der Hand: Als der Krieg 1945 endlich mit dem Sieg der Alliierten zu Ende war, wollten die damals noch jungen Frauen und Männer möglichst schnell ein neues Leben aufbauen, Existenzen gründen, vor allem dann, wenn ihre Eltern und Großeltern ermordet worden waren. Dabei dachten die meisten nicht an ihr eigenes Alter. Die Bundesregierung schloss mit vielen westlichen Staaten zur Entschädigung Globalabkommen, auch mit Israel. Die deutschen Behörden wollten mit Blick auf die Geschichte nicht mit darüber entscheiden, wer warum wie viel bekommt. Renten spielten damals keine Rolle. Bei deutschen Juden, die in der Bundesrepublik lebten, war das anders. Hier kümmerten sich die Behörden auch um die Sicherung im Alter.

Ganz schlimm traf es die Opfer, die in osteuropäischen Ländern lebten. Sie bekamen zunächst nichts. Das änderte sich erst mit dem Ende des kommunistischen Blocks. Da aber waren viele längst gestorben. Wer noch lebte, bekam seine Entschädigung aus Globalvereinbarungen, auf die Deutschland keinen Einfluss hatte – auch nicht haben wollte.

Verantwortung für einen würdigen Lebensabend

Die Bundesrepublik hat bisher an Wiedergutmachungsleistungen mehr als 65 Milliarden Euro gezahlt. Das ist zwar eine enorm große Summe. Sie reicht aber nicht aus, um den Kranken zu helfen, deren Bedürftigkeit von Jahr zu Jahr steigt. Darauf verweist die JCC bei jeder Verhandlung mit dem deutschen Finanzministerium. Das stellt sich nicht taub und hat 2009 zusätzlich 30 Millionen Euro bereitgestellt, um häusliche Pflege, bessere medizinische Versorgung und zusätzliche geriatrische Einrichtungen zu fördern oder zu gründen. Eine Arbeitsgruppe im Finanzministerium prüft derzeit, was weiter getan werden muss. „Wir haben die Verantwortung, den hochbetagten Holocaust-Überlebenden zu einem würdigen Lebensabend zu verhelfen“, sagt Heuberger. Dabei kann ihm niemand widersprechen. Es bleibt abzuwarten, welche Zahlen Heuberger spätestens beim nächsten Gedenktag vorlegen kann.

Heiner Lichtenstein

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Solidarische Landsleute

Die dänischen Juden konnten in der NS-Zeit auf Rückhalt in der Bevölkerung zählen – wegen des starken Widerstands mussten die Nazis tatsächlich Zugeständnisse machen.

Er hat als Jugendlicher im Alter von 14 Jahren schreckliche Grausamkeiten beobachtet, hat gehungert und ist geschlagen worden: Salle Fischermann, ein dänischer Jude, wurde 1943 mit seiner Mutter und drei Geschwistern ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert und musste 18 Monate seines Lebens dort verbringen. Doch trotz dieser furchtbaren Erfahrung wirkt Salle Fischermann heute nicht wie ein gebrochener Mensch. Im Gegenteil. Packend und engagiert schilderte der 80-Jährige seine damaligen Erlebnisse anlässlich einer Veranstaltung zum Jahrestag der Wannsee-Konferenz am 20. Januar in der Berliner Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz".

Im Unterschied zu fast allen übrigen europäischen Staaten gab es in Dänemark zur Zeit der deutschen NS-Herrschaft keinen nennenswerten Antisemitismus. „Wir waren für unsere Mitbürger an erster Stelle Dänen. Dass wir auch Juden waren, spielte keine besondere Rolle", berichtete Salle Fischermann. Und so konnte die große Mehrzahl der rund 7000 dänischen Juden nach der Besetzung des Landes durch die Deutschen im Jahr 1940 mit Unterstützung ihrer Landsleute flüchten, in vielen Fällen nach Schweden. Die Familie Fischermann, die damals in Kopenhagen lebte, hatte jedoch das Unglück, zu den etwa 470 dänischen Juden zu gehören, die von den deutschen Besatzern nach Theresienstadt gebracht wurden.

Das „Vorzeigelager" wird für einen Propagandafilm aufgemöbelt

In diesem nahe bei Prag gelegenen Konzentrationslager lernte Salle Fischermann sehr schnell die ganze Bandbreite zwischen Nazi-Propaganda und alltäglicher Grausamkeit kennen. Denn Theresienstadt war zum „Vorzeigelager" auserkoren; schon bei der Wannsee-Konferenz Anfang 1942 sei das festgelegt worden, erklärte bei der Veranstaltung Gedenkstättenleiter Norbert Kampa. Salle Fischermann erlebte aus nächster Nähe, wie das Lager für einen Propagandafilm aufgemöbelt wurde, denn der Jugendliche assistierte dem jüdischen Schauspieler und Regisseur Kurt Gerron bei den Dreharbeiten als Kabelträger. „Es war ein riesiges Paradox", erinnerte sich Fischermann. „Hier wurden lachende Menschen bei ihren scheinbar normalen Beschäftigungen gefilmt. Und im Lageralltag hungerten sie und wurden am Ende nach Auschwitz deportiert." Auch Kurt Gerron, der sich von seiner Mitwirkung an dem Propagandastreifen persönliche Vorteile versprochen hatte, kam in Auschwitz zu Tode.

Lebensmittelpakete aus Dänemark ermöglichten das Überleben

Für die in Theresienstadt gefangenen dänischen Juden gab es hingegen von Anfang an die Gewissheit, dass sie nicht in ein Vernichtungslager transportiert würden. Der Widerstand in Dänemark gegen die Besatzer war im Verlauf des Zweiten Weltkriegs immer stärker geworden, so dass die Nazis hier tatsächlich Zugeständnisse machten. „Wir erhielten auch Lebensmittelpakete aus Dänemark, was sicher maßgeblich unser Überleben ermöglicht hat." Denn in den ersten Wochen nach ihrer Festsetzung starben allein vierzig der 570 in Theresienstadt gefangenen Dänen an Unterernährung und an den Lagerbedingungen.

Spektakulär und außergewöhnlich verlief auch die Freilassung dieser Gefangenengruppe: Das schwedische Rote Kreuz entsandte vor Kriegsende im April 1945 weiß angestrichene Busse, die die dänischen Juden über das zerstörte Dresden und das brennende Berlin nach Schweden brachten. Diese Aktion war mit Billigung der Nazis und mit Wissen der Alliierten von Schweden und Dänen vorbereitet worden. Die „weißen Busse" retteten einigen tausend KZ-Gefangenen, etwa auch in Ravensbrück, das Leben.

Salle Fischermanns Erinnerungen sind von Schülerinnen einer Realschule aus Rothenburg ob der Tauber und dem Regisseur Thilo Pohle zu einem Dokumentarfilm verarbeitet worden, in den auch einige erhalten gebliebene Fragmente des Propagandastreifens von 1944 eingefügt sind. Für diese eindrucksvolle Arbeit, die vor allem von den Schilderungen Salle Fischermanns und ihrem Kontrast zu den Propagandaszenen lebt, gab es bei den „Nordischen Filmtagen" eine Auszeichnung als bester Dokumentarfilm.

Gudrun Giese

Deutsche Partei braucht Wahlantritt

Oer-Erkenschwick – Durch eine Kandidatur bei der Landtagswahl am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen will die Deutsche Partei ihren Status als politische Partei erhalten. Michael Fischer (Bochum), bisher „Landesbeauftragter" der DP in NRW und seit einem Parteitag Ende Januar in Oer-Erkenschwick deren Landesvorsitzender, erklärte, wegen der internen Streitigkeiten der vergangenen fünf, sechs Jahre habe die Deutsche Partei an keiner Wahl teilnehmen können. Fischer: „Deswegen müssen wir im Jahre 2010 an einer Wahl teilnehmen, sonst verlieren wir den Parteienstatus." Den Verlust der Parteieigenschaft sieht das Parteiengesetz vor, wenn eine Partei sechs Jahre lang nicht an Wahlen auf Bundes- oder Landesebene teilnimmt. In diesem Jahr gebe es „leider" nur in NRW eine Landtagswahl, erklärte Fischer. Auf der Landesliste steht er auf dem ersten Platz. Ihm folgt Dieter Danielzick aus Troisdorf, der einst sein politisches Glück als „Generalsekretär" bei der extrem rechten Formation „Ab jetzt – Bündnis für Deutschland" suchte, ehe er zu „pro NRW" wechselte, wo er für kurze Zeit als stellvertretender Vorsitzender fungierte. „In einigen starken Wahlkreisen" will die DP auch mit Direktkandidaten antreten. Für den Landtagswahlkreis Bochum III – Herne II wurde Fischer nominiert. (ts)

Flamen stellen „Ordnungsdienst"

Düsseldorf/Wien – „Pro NRW" will sich bei der Ende März im Ruhrgebiet geplanten „Anti-Minarett-Konferenz" umfangreich der logistischen Unterstützung der belgischen Rechtspopulisten vom „Vlaams Belang" (VB) bedienen. Der VB übernehme die Mitorganisation aller Aktivitäten am letzten März-Wochenende, teilte „pro NRW" mit. Die flämischen Rechtspopulisten stellen demnach auch den „Ordnungsdienst" bei den Veranstaltungen, hieß es nach einem Vorbereitungsgespräch, das Ende Januar mit Vertretern von „pro NRW", „Vlaams Belang", FPÖ und „Plataforma per Catalunya" in Wien stattfand. Neben diesen Parteien werden den Angaben von „pro NRW" zufolge auch Delegationen der französischen Rechtsaußen-Parteien „Mouvement National Républicain" und „Nouvelle Droite Populaire" im Ruhrgebiet erwartet. „Auch die Schweizer Volkspartei wird mit einem Grußwort sowie Referenten die europäische Anti-Minarett-Konferenz unterstützen", behauptet „pro NRW". Zufrieden zeigte sich „pro NRW"-Chef Markus Beisicht nach dem Wiener Treffen, „dass die europäischen Freunde in Deutschland mittlerweile ausschließlich auf die pro-Bewegung setzen". (ts)

Hauptstadt der Gewalt

Russland (Moskau) – In der russischen Hauptstadt Moskau hat es im vergangenen Jahr 26 Morde und 25 Fälle vorsätzlicher schwerer Körperverletzung mit fremdenfeindlichen Hintergrund gegeben. Insgesamt, so der Chef der Hauptstadt-Polizei, Wladimir Kolokolzew, seien 62 Übergriffe auf Ausländer, vorwiegend dunkelhäutige Einwanderer, verübt worden. Angaben der Nichtregierungsorganisation Sova zufolge wurden im Jahr 2009 von Rechtsextremisten 60 Menschen umgebracht und mehr als 300 Personen bei fremdenfeindlichen Übergriffen verletzt. Unter den Getöteten sind auch mehrere Antifaschisten. Zuletzt war am 16. November 2009 in Moskau Iwan Chutorskoi, Mitbegründer der Moskauer Sektion der „Red and Anarchist Skinheads" (R:A.S.H.), ermordet worden. Seit 2004 wurden in Russland rund 300 Menschen bei rassistisch motivierten Taten getötet und mehr als 1300 verletzt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de